

VKU

Mehr Reformwille gefordert

[05.11.2013] Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) fordert angesichts drohender Versorgungsengpässe von der Politik Entschlossenheit bei der geplanten Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sorgt sich um die Versorgungssicherheit im Land. Angesichts der laufenden Koalitionsgespräche fordert VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck die Politik auf, den Mut zu haben, die notwendigen Reformen anzugehen. Ab 2022 werde es zu ernsthaften Versorgungsengpässen kommen. Dann sind voraussichtlich die Kernkraftwerke aus dem Markt und die alten fossilen Kraftwerke stillgelegt. Die entstehende Versorgungslücke müsse durch den weiteren Zubau von Gaskraftwerken kompensiert werden. Bereits heute sollten dafür die ersten Planungsschritte eingeleitet werden, so Reck.

Aus VKU-Sicht ist eine Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) dringend notwendig. „Mit einem EEG-Reförmchen ist es aber alleine nicht getan, dafür steht zu viel auf dem Spiel“, sagt der VKU-Hauptgeschäftsführer. Es sei richtig, die erneuerbaren Energien zu fördern. Allerdings müsse das Ziel sein, diese Anlagen zur Marktreife zu führen, damit Betreiber von Erneuerbaren-Energien-Anlagen möglichst bald die Vollkosten allein über Erlöse an den wettbewerblich organisierten Märkten decken können. Anreize fehlten auch für die Verteilnetze: „Ohne einen innovations- und investitionsfördernden Regulierungsrahmen für die Verteilnetze, wird die Energiewende schwer zu schaffen sein. Die Verteilnetze müssen mit Blick auf die Integration von erneuerbaren Energien und für die Weiterentwicklung hin zu einem Smart Grid ausgebaut werden.“ Dafür braucht es laut Reck eine investitionsunterstützende Reform der Anreizregulierung.

(ma)

Stichwörter: Politik, Hans-Joachim Reck, VKU